



Dieses Hotel in Zermatt wird mit Holzpellets geheizt, dank guter Wärmedämmung braucht es wenig Energie. Foto: PD

Gebäudesanierungen könnten Winterstromlücke eliminieren

Energieverbrauch Gemäss einer Studie liesse sich das Problem des fehlenden Winterstroms durch Energiesparen bei Gebäuden lösen. Doch die Politik bremst gleich doppelt.

Cyrill Pinto

Die Schweiz diskutiert gegenwärtig intensiv über neue Solaranlagen, neue Windkraftwerke und den Ausbau der Wasserkraft. Selbst den Bau neuer AKW will Energieminister Albert Rösti mit einem Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative der SVP wieder ermöglichen. Nach den Sommerferien erwartet man in Bundesbern einen Entwurf dazu.

Viel Potenzial birgt aber auch eine verbesserte Energieeffizienz im Gebäudebereich. Das zeigt eine neue Studie der Hochschule Luzern (HSLU). Sie hat untersucht, wie stark Sanierungen der Gebäudehüllen dazu beitragen können, das Problem der Winterstromlücke zu lösen. Finanziert wurde die Studie von Flumroc, einem Schweizer Hersteller von Dämmplatten.

Der Befund ist deutlich: Würden alle fossilen Heizungen in Wohngebäuden durch Wärmepumpen ersetzt und gleichzeitig die Gebäudehüllen gedämmt, liesse sich der Strombedarf um jährlich 5,3 Terawattstunden (TWh) senken. Das entspricht fast der gesamten Winterstromlücke der Schweiz – und etwa 10 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs.

«Mit der Wärmedämmung kann der Wärmebedarf von Wohngebäuden im Schnitt halbiert werden», erklärt Flumroc-Geschäftsführer Damian Gort. Die Wärmepumpe müsse dann «wesentlich weniger leisten, um das Haus warm zu halten». Besonders relevant ist das im Winter, wenn Wärmepumpen am meisten Strom benötigen – und das Angebot am knappsten ist.

Ohne zusätzliche Dämmung der Wohngebäude würden Wärmepumpen 11,5 TWh Strom benötigen. Mit Dämmung sinkt der Verbrauch auf 6,2 TWh. Die Studie

stellt der bisherigen Energiestrategie ein alternatives Konzept gegenüber: Statt Milliarden in neue Kraftwerke zu investieren, könnten Milliarden Kilowattstunden durch bessere Dämmung eingespart werden. Ohne Einschränkungen im Alltag, ohne neue Eingriffe in die Landschaft – aber mit grossem Effekt auf die Versorgungssicherheit.

«Die Diskussion dreht sich fast nur darum, wie viel Strom wir zubauen müssen», sagt Gort. «Aber die einfachste Energiequelle ist die, die wir gar nicht erst verbrauchen.»

«Der Wärmebedarf von Wohngebäuden kann mit der Wärmedämmung im Schnitt halbiert werden.»

Damian Gort
Flumroc-Geschäftsführer

Die Politik wirkt derzeit aber in die entgegengesetzte Richtung: Der Bundesrat will das Gebäudeprogramm ab 2027 streichen – also genau jene Fördergelder, die energetische Sanierungen unterstützen.

Noch schwerwiegender sind die möglichen Folgen der bevorstehenden Volksabstimmung am 28. September: Mit der Abschaffung des Eigenmietwerts würden auch die steuerlichen Abzüge für Sanierungen wegfallen. Die Branche rechnet mit rund 200 Millionen Franken, die künftig jedes Jahr weniger in energetische Erneuerungen fliessen könnten.

Philippe Thalmann von der ETH Lausanne lehrt und forscht zu Umwelt- und Klimaökonomie in der Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft. Ohne die Daten der Studie im Detail zu prüfen, hält er die Ergebnisse für «kohärent». Sie würden bereits bekannte Resultate bestätigen: «Das grösste Potenzial zur Senkung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen liegt im Ersatz von fossilen Heizkesseln durch Wärmepumpen.» Weil aber der Stromverbrauch beim Heizen mit Wärmepumpen ausgerechnet dann steige, wenn die Stromproduktion am geringsten sei, müsse man entscheiden, ob man die erneuerbare Stromproduktion erhöhen oder den Stromverbrauch durch Gebäudesanierungen reduzieren wolle. «Die thermische Sanierung von Gebäuden ist teuer in Bezug auf Geld, Energie, graue Energie und Arbeitskraft», so Thalmann.

Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche

Ausserdem sei es schwierig, die Sanierung einer Gebäudehülle rentabel zu machen, wenn der Energieverbrauch dank der Wärmepumpe bereits stark gesunken sei. Thalmann schlägt deshalb teurere Stromtarife im Winter vor, um die thermische Sanierung von Gebäuden zu fördern. Nur bei den ineffizientesten Gebäuden der Energiekategorie F und G mache eine Sanierung wirtschaftlich Sinn. «Für die anderen ist der Strom hierfür wahrscheinlich zu billig.» Das Gebäudeprogramm sei dafür das richtige Instrument. Das Zulassen von Renovationskostenabzügen vom steuerpflichtigen Einkommen sei zwar auch eine Fördermassnahme – jedoch eine äusserst ungezielte.

Es sei fraglich, ob es angesichts des Ressourcenaufwands sinn-

voll sei, die thermische Hülle aller Gebäude mit Wärmepumpen stark zu sanieren. Laut Thalmann macht eine Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche am meisten Sinn – besonders bei alten Gebäuden: «Besitzer von Häusern der Kategorie G und später F müssten zum Austausch der Heizung und zur Renovierung der Hülle verpflichtet werden – mit gezielter Unterstützung», so der Ökonom.

«Wichtiger steuerlicher Anreiz würde wegfallen»

Für Marcel Hänggi von der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) kommt das ausgewiesene Einsparpotenzial der HSLU-Studie nicht überraschend. «Schon frühere Studien des Bundes gingen von 25 bis 40 Prozent Einsparpotenzial beim gesamten Stromverbrauch aus», sagt er. Umso unverständlicher sei es, dass der Bundesrat das Thema Strom sparen in der aktuellen Energiepolitik kaum berücksichtige.

Die geplante Kürzung des Gebäudeprogramms durch den Bundesrat sei aus seiner Sicht «eine Missachtung der Zustimmung zum Klimaschutzgesetz von 2023», denn die Höhe der Unterstützungsbeiträge im Rahmen des Programms sei im Gesetz verankert. Die Begründung des Bundes – mögliche Mitnahmeeffekte – hält Hänggi für wissenschaftlich nicht fundiert: «Natürlich kann man Programme optimieren, aber die pauschale Kritik trägt nicht.»

Auch den möglichen Systemwechsel beim Eigenmietwert bewertet die SES kritisch – auch wenn sie zur kommenden Abstimmung noch keine Parole gefasst hat. «Damit würde ein wichtiger steuerlicher Anreiz für Sanierungen wegfallen – das ist aus energiepolitischer Sicht der falsche Weg», sagt Hänggi.